

Antrag Nr. 08-F-06-0014

Linke Liste

Betreff:

Umsetzung des Rechts auf Familienplanung
- Antrag der Fraktion Linke Liste Wiesbaden vom 9.4.2008 -

Antragstext:

Seit der Hartz IV Reform ist zu beobachten, dass immer mehr ALG II Betroffene sich keine Verhütungsmittel mehr leisten können.

Dabei gehört das Recht auf Familienplanung gemäß der Proklamation der Internationalen Menschenrechtskonferenz von Teheran 1968 zum international anerkannten Menschenrecht auf Gesundheit.

Der Ausschuss für Soziales möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. Wie groß ist der Kreis von Betroffenen in Wiesbaden, die sich keine Verhütungsmittel leisten können?
2. Wurden diesbezüglich Anträge an das Sozialamt gestellt?
3. Sind in der Vergangenheit bereits solche Hilfen gewährt worden?

Wiesbaden, 09.04.2008

gez. Jürgen Becker
stellv. Fraktionsvorsitzender

f.d.R. Manuela Schon
Fraktionsassistentin